

Justizvollzug ist ein wichtiger Baustein der Sicherheit

Unter dem Motto „Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif“ wird in Sachsen– Anhalt eine Kundgebung vor der JVA Halle Roter Ochse stattfinden.

Beginn der Aktion ist am 30.10.2023 um 10:00 Uhr Wir möchten Euch einladen, daran teilzunehmen. Es sollen sich jedoch nicht nur Tarifbeschäftigte angesprochen fühlen, im Rahmen Ihres Streikrechtes, teilzunehmen. Auch Beamte, ob in einer Gewerkschaft oder nicht, können einen großen Beitrag dazu leisten und im Dienstfrei für gute und gerechte Bezahlung demonstrieren. Hierzu ist anzumerken, dass Tarifverhandlungen und einhergehenden Tarifierhöhungen keine Selbstläufer sind.

Die Fachgewerkschaft plant Streiks in Gefängnissen bundesweit. Der Bund der Strafvollzugsbeamten weist auf dramatische Personallage im Justizvollzug hin / „Wir sitzen auf einem Pulverfass, die Politik muss sich kümmern“

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder fordert der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) deutliche Verbesserungen im Strafvollzug. Ohne adäquate Lohnerhöhungen sei der Justizvollzug im Werben um geeignete Mitarbeiter nicht mehr konkurrenzfähig, erklärt der BSBD. Um die Lohnforderungen der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder durchzusetzen, werde man daher erstmals auch in den Justizvollzugsanstalten zum Streik aufrufen.

„Die Personallage ist brisant. Trotz der Bemühungen der Landesjustizministerien fehlen im deutschen Strafvollzug schon seit etlichen Jahren 2000 Mitarbeiter“, sagt BSBD-Vorsitzender René Müller. Diese Zahlen würden sich weiterhin dramatisch verschlechtern, da der demografische Wandel auch dem Justizvollzug eine Vielzahl an altersbedingten Abgängen beschere. Gleichzeitig seien die Aufgaben des Justizvollzugs aber stetig ausgeweitet worden.

„Es wird immer vergessen, dass der Justizvollzug elementarer Bestandteil der deutschen inneren Sicherheit ist. Wir müssen und wollen uns also Gehör verschaffen“, sagt Müller mit Blick auf die geplanten Arbeitskämpfmaßnahmen. Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten der Länder eine Lohnerhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich mehr. Für die Beschäftigten des Krankenpflagedienstes in den Justizvollzugsanstalten soll es die Pflegezulage geben. „Das sind keine überzogenen Erwartungen“, bekräftigt Müller.

Bei den Arbeitskämpfmaßnahmen will der BSBD Augenmaß bewahren. „Natürlich wissen wir als Strafvollzugsgewerkschaft, dass ein vollflächiger Streik im Justizvollzug die Sicherheitslage in Deutschland gefährden würde. Daher beschränken wir uns auf punktuelle Aktionen“, erklärt Müller.

Im Einzelnen gibt es mehrere Problemlagen in den Haftanstalten:

- Die Gewalt in den Anstalten nimmt zu. Die Zahl der Übergriffe auf Bedienstete hat einen neuen Höchststand erreicht, was auch damit zu tun hat, dass immer mehr psychisch auffällige Menschen, Gefährder und Mitglieder extremistischer Gruppen in den Haftanstalten landen. Die psychischen und physischen Belastungen der Bediensteten steigen dadurch permanent.
- Die Bemühungen, durch die Änderung des Sanktionenrechts den Justizvollzug im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafen zu entlasten, greifen nicht. Stattdessen wird die Änderung des Gesetzes dazu führen, dass suchterkrankte und therapiebedürftige Straftäter verstärkt im Regelvollzug landen.
- Die Bewerberzahlen für Berufe in den Justizvollzugsanstalten sind weiterhin dramatisch rückläufig. Zwischenzeitlich fallen Lehrgänge im allgemeinen Vollzugsdienst aus und Stellenanzeigen in jeglichen Professionen laufen regelmäßig ins Leere. Die entstandenen Vakanzen im Personalbestand werden, vor allem

Mit uns sind Sie die Nummer 1. Ihre Fachgewerkschaft im Justizvollzug.
Besuchen Sie uns im Internet unter: www.bsbd-lsa.de

in den nördlichen Bundesländern, zunehmend mit Tarifbeschäftigten abgedeckt, ohne dass diese entsprechend abgesichert sind (etwa durch eine adäquate Berufsunfähigkeitsversicherung).

Der BSBD fordert die Arbeitgeberseite auf, sich um die Belange des öffentlichen Dienstes, insbesondere um die Sicherheit unseres Landes zu kümmern und den Justizvollzug merklich zu stärken. Zu den möglichen Folgen der personellen Engpässe in den Haftanstalten sagt BSBD-Vorsitzender Müller: „Wir sitzen hier auf einem Pulverfass, dessen Lunte schon brennt. Die Politik muss bereit sein, diese Lunte zu löschen“.

Hierzu ist anzumerken, dass Tarifverhandlungen und einhergehenden Tariferhöhungen keine Selbstläufer sind. Nur auf Grund von vielen engagierten Kollegen und Kolleginnen, welche im Rahmen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit auf die Straße gehen, um für eine bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu demonstrieren und damit Tarifabschlüsse erreichen, ist dies möglich. Wir als Beamte profitieren indirekt von diesem Engagement, da fast alle Bundesländer im Anschluss an die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes der Länder diese auch auf die Landesbeamte übertragen. Dies ist schön, entbindet uns aber nicht von der kollegialen Pflicht auch als Landesbeamte unseren Beitrag zu leisten und nicht nur im Schatten der großen Gewerkschaften die Erfolge zu feiern und zu genießen. Also auf geht's! Wir würden uns freuen, wenn Sie sich entscheiden am 30.10.23 am bundesweiten Aktionstag teilzunehmen. Denn nur gemeinsam sind wir auch stark!

Für nähere Informationen und Nachfragen steht der Landesverband oder die jeweiligen Ortsverbände Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



Mario Pinkert

Landesvorsitzender
BSBD LV Sachsen-Anhalt
Tel.: 0179-9723465